

Beispiel Griechenland

Den Widerstand international organisieren!

Arbeit für alle, Bildung, Gesundheit - das Kapital muss die Krise bezahlen, schallte es zehntausendfach durch die Athener Innenstadt, mit Start und Ziel im Zentrum am Omonia-Platz. Der Gegenangriff der griechischen Werktätigen hat in den vergangenen Tagen mächtig an Fahrt gewonnen. Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die mittlerweile von Deutsche Telekom dominierte Telefongesellschaft OTE, die Banken, nahezu alle Verkehrsbetriebe, die Stromgesellschaft DEI, die Flug- und Schiffshäfen: Das gesamte wirtschaftliche und öffentliche Leben in Griechenland wird vom Widerstand erfasst. Auch Industrie und Handel geraten zunehmend in die Wellen der Arbeitskämpfe. Ob Lidl, Spar, Marinopoulos, die großen Einkaufszentren waren am 11. März geschlossen. Der Widerstand erfasst Millionen. Auch Migranten/innen beteiligten sich an verschiedenen Orten an den Streiks.

Noch gelingt es den gewerkschaftlichen Dachverbänden, den Widerstand organisatorisch mitzugestalten, wenngleich die Massen bereits überwiegend den Aufrufen der Gewerkschaftsfraktion PAME folgen:

- Sie ruft die Massen auf die Straße, organisiert in den Betrieben Betriebsbesetzungen, unterstützt vorbehaltlos die Betroffenen bei ihren Blockade-Aktionen.
- Sie entlarvt Sprüche der herrschenden Politik und ihrer Verbände, die Krise sei wie eine Naturkatastrophe über Griechenland eingebrochen.
- Sie zeigt auf, wie das multinationale Kapital unterstützt von den Kollaborateuren in der griechischen Ökonomie und Politik über Jahrzehnte den Reichtum Griechenlands ausverkauft, die nationale Ökonomie zersetzt hat, wie die politischen und wirtschaftlichen Eliten von dieser verheerenden Entwicklung profitiert haben.
- Sie verlangt, dass denen in Griechenland die Rechnung serviert wird, die im letzten Jahrzehnt ihr privates Geldvermögen um fast 350 Milliarden Euro vermehrt haben.
- Sie zeigt auf, dass endlich Schluss sein muss, ein ganzes Volk an den Tropf des Finanzkapitals zu hängen.

Gleichwohl muss man wissen, dass Gewerkschaften in Griechenland anders funktionieren als in Deutschland. Dort gibt es nicht die historisch aus dem Antifaschismus gewachsene große Einheitsgewerkschaft. Der Organisationsgrad in Form der Mitgliedschaft ist in Griechenland äußerst gering. Nur ein geringer Teil der Organisierten zahlt regelmäßig Beiträge, die staatlich verwaltet werden. Streikkassen gibt es nicht.

Anders die klassenbewusste Fraktion der Gewerkschaftsbewegung, die sich vor elf Jahren zur PAME zusammengeschlossen hat, und mit die Abhängigkeit bloßlegt, die Gewerkschaftsführungen in den Dachverbänden GSEE und ADEDY an die staatlichen Behörden und jeweiligen Regierungen bindet. So erklärt sich, dass sich

die Massen bei den zentralen Streikdemonstrationen und -kundgebungen in verschiedenen Blöcken formieren: auf der einen Seite die klassenbewussten Arbeiterinnen und Arbeiter hinter den Aufrufen der PAME, auf der anderen Seite Kundgebungen der GSEE und ADEDY, die es allerdings meist vorziehen, sich in geschlossenen Räumen zu "verstecken" und auf Fensterreden zu beschränken. Noch haben sich am 11. März während des Generalstreiks die Züge vieler Basisgewerkschaften und anarchistischer Gruppen mit der Kundgebung der Dachverbände vereinigt. Um den Widerstand erfolgreich auszudehnen, wird es für PAME darauf ankommen, die Volksmassen in den nächsten Wochen und Monaten von den Illusionen opportunistischer Versprechungen zu lösen, seien sie sozialdemokratischer oder anarchistischer Art, und die Betroffenen von ihrer eigenen Kraft zu überzeugen, damit sie dem nationalen, aber auch internationalen Druck widerstehen.

Vassilis Petropoulos, Mitglied des Sekretariats der PAME, brachte es vor Zehntausenden in Athen auf den Punkt: "Wir können nicht wählen zwischen einem guten und einem schlechten Imperialismus." Die griechische Arbeiterklasse wird es allein kaum schaffen. Die internationale Solidarität zu entwickeln ist derzeit die Aufgabe jedes Sozialisten und Kommunisten, aller klassenbewussten Gewerkschaftskollegen/innen. Was heute in Griechenland passiert, könne leicht auf andere EU-Länder übergreifen und schließlich auch in Deutschland Schule machen. Die EU und insbesondere die Euroländer müssten den Finanzspekulanten das Handwerk legen, so ver.di in einer Solidaritätserklärung zum Generalstreik am 24. Februar. Übergegriffen hat die Krise längst, und sie hat keineswegs in Griechenland begonnen. Dem Beispiel der griechischen Arbeiterklasse folgend wird sich eine neue Internationale des Widerstandes gegen den Generalangriff der EU auf die sozialen und demokratischen Rechte der Völker - Deutschland nicht ausgenommen - formieren müssen, so bereits in Ansätzen in Island, Spanien oder auch Portugal.

Udo Paulus